

GdP-Positionspapier

Neun Punkte für bessere Verkehrssicherheitsarbeit

Berlins aktuelle Regierungskoalition hat sich wie ihre Vorgängerinnen die Erhöhung der Verkehrssicherheit auf die Fahne und in den Koalitionsvertrag geschrieben. Dies soll weniger ideologisch geprägt die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmenden berücksichtigen, denn der Raum muss sowohl für Auto- und Kradfahrer, als auch für Fahrradfahrer, Fußgänger und alle anderen Nutzer aktueller und zukünftiger Verkehrsmittel sicher sein. Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) möchten wir unsere Expertise zur sinnvollen Aufteilung des Verkehrsraumes (siehe hierzu Ausführungsbemerkungen) ebenso wie beim Ausloten realistischer Möglichkeiten durch neue Technologien, insbesondere neue/alternative Antriebsarten von Kraftfahrzeugen einbringen. Die zuständige GdP-Fachgruppe Verkehr hat dazu neun Punkte zur Gewährleistung von mehr Verkehrssicherheit zusammengestellt.

I. Beschaffung von Diensthosen mit Reflektorstreifen (ähnlich der Modelle THW, Feuerwehr etc.) für Außendienst leistende Kräfte (muss den Richtlinien der DGUV entsprechen)

II. Beschaffung von weißen Handschuhen und Reflektoren, auch an den Stulpen für Kradfahrende (muss den Richtlinien der DGUV entsprechen)

III. Bekleidung der FaSta in ein (angemessenes) Kleiderkonto zu überführen

IV. Ausstattung aller Außendienst orientierten Kräfte der Abt. Verkehr mit einem zweiten, ballistischen Schutzpaket, da verschiedene Fahrzeuge, Fahrzeughöhen und damit verbundenen Größen, andere Einstiegs- und Sitzvarianten verlangen (Opel Zafira, DB Vito, VW T 5, DB Sprinter) - Hierzu ist bereits ein Testlauf bei den BVHu angelaufen

V. Zukunftsorientierte, sukzessive Umgestaltung des Fuhrparks der Abt. Verkehr und der Polizei auf alternative Antriebe (Elektro, Wasserstoff, E-Fuel). Dazu gehört eine entsprechende stadtweite Ladeinfrastruktur auf allen Dienststellen

VI. Die BGSt wieder für die Kolleginnen und Kollegen erreichbarer machen – als Arbeitserleichterung für die BGSt und zur Beschleunigung der Verfahren

VII. Schnellere Digitalisierung und Vernetzung der Behörden untereinander (kompatible Systeme für eine papierlosere Bearbeitung) - Polizei, Staatsanwaltschaft, LABO, BGSt etc.

VIII. Spezialkräfte insbesondere auf den Dienststellen BVHu, FaSta, VSD 1+2 sollten eine längerfristige Verwendung auf ihren Dienststellen erfahren, einhergehend mit einer besseren Personalentwicklung und entsprechendem Wissenstransfer bei abgehendem Personals. Dies beinhaltet auch, dass PA-/HWR-Absolventen gleich in die BVHu oder FaSta bzw. VSD Dienststellen eingegliedert werden können

IX. EG 8 für PAngSOD der BVHu und der TVE

Eigendruck im Selbstverlag / Impressum
(verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes – v .i.S.d.P.):
Gewerkschaft der Polizei LB Berlin
Landesvorsitzender Stephan Weh
Kurfürstenstraße 112 / 10787 Berlin

Gewerkschaft der Polizei
Berlin

Ausführungsbemerkungen zum Positionspapier

Bei der Aufteilung des vorhandenen Verkehrsraumes treten wir für eine gleichberechtigte Aufteilung aller Verkehrsarten ein. Hierbei soll der Umweltschutz, aber auch die individuelle Mobilität aller Verkehrsteilnehmenden, Berücksichtigung finden. Wir treten für den weiteren Ausbau und die Verbesserung des Angebotes des ÖPNV ein. Beim Ausbau des ÖPNV sollte dringend darauf geachtet werden, dass die Stadtränder stärker einbezogen werden. So könnten beispielsweise die Verlängerung der U-Bahnlinien bis zum Märkischen Viertel, Marienfelde oder von Spandau zur Heerstr. spürbare Verkehrsentlastungen zur Folge haben.

Wir fordern, dass der weitere Ausbau von geschützten Radwegen unter Einbeziehung von Straßenbauingenieuren, der Polizei, der Feuerwehr und den Verkehrsverbänden vorangetrieben wird, so dass der vorhandene Verkehrsraum allen Verkehrsteilnehmenden gerecht wird, vorangetrieben wird. Hierbei sollten, anders als in der Vergangenheit, die Anwohnenden und ortsansässigen Unternehmen von Anfang an in die Planung und Umsetzung mit einbezogen werden. Dies betrifft auch den weiteren Ausbau der BAB 100. Wer die Innenstadt vom Straßenverkehr entlasten will, benötigt auch Verkehrsflächen, die dies realisieren. Dazu wäre ein „vollständiger" Stadtring (,der auch den Namen verdient) ein hilfreiches Instrument. Des Weiteren sollten auch auf/an der BAB vorhandene Kontrollflächen erhalten bleiben und weitere entstehen, wo u. a. Lkw-Kontrollen möglich sind. Derzeit sind nur an der A 111 Am Festplatz und A 115 Zollamt Dreilinden entsprechende Flächen vorhanden. Letzte soll naturalisiert werden, was aus sicherheitstechnischer Sicht der falsche Weg ist.

Einzelne Versuchsprojekte, wie der Umbau der Bergmannstraße oder der Friedrichstraße, welche in der Vergangenheit sehr viel Geld verschlungen haben, sollten dringend beendet werden. Dies gilt gleichermaßen für das „Abpollern" ganzer Wohngebiete. Dies verhindert zwar den Individualverkehr, trägt aber ganz enorm dazu bei, dass Not- und Rettungskräfte nur unter extrem erschwerten Bedingungen zum Einsatzort gelangen können. Vielmehr sollen tragfähige Gesamtkonzepte für ganze Gebiete, Industrie-, Wohn- und Gewerbegebiete entwickelt werden. So wurde am Beispiel der Friedrichstr. vergessen, dass das Hotel „Regent" unter anderem auch durch Regierungsvertretende anderer Nationen genutzt wurde, dass das Auswärtige Amt ebenso in der Nähe liegt und regelmäßig bei Staatsbesuchen angefahren werden muss und dies über verschiedene Strecken (sicherheits-, aber auch verkehrsbedingt) erfolgt. Auch Einbahnstraßensysteme, welche dazu noch gegenläufig geführt wurden, sind hier keine Option oder Alternative. Hierfür betrachtet muss es weiterhin möglich sein, dass Staatsbesuche und der umliegende Fahrzeugverkehr durch kleinste Straßen (Charlottenstr., Jägerstr. etc.) entfluchtet werden können. Hier müssen Optionen der Leistungsfähigkeit erhalten bleiben, zumal es sich nur um ca. 450 m Straßenstrecke (Friedrichstr.) handelt.

Weiterhin darf auch die individuelle Freizeitgestaltung, z. B. durch Fahrten ins „Grüne", wieder Berücksichtigung finden. So ist erkennbar, dass an den Wochenenden leistungsfähige Straßen wie die Landsberger Allee / Landsberger Chaussee den fließenden Straßenverkehr durch gegenläufige LZA-Schaltungen nahezu zum Erliegen bringen und das, obwohl keine gravierenden Verkehrslagen vorhanden sind.

Auch hier finden Baumaßnahmen statt, welche kontraproduktiv gestaltet sind. So wurde vor etwa fünf Jahren die Brücke über der Wuhletalstr. (Märkische Allee) abgerissen und der gesamte Fahrzeugverkehr über die angrenzenden Wohngebiete geführt, ohne dass hier ein Neubau angefangen wurde, so dass die Problematik noch immer besteht. Nun wurde vor Kurzem der massive Umbau der Marzahner Brücken (bis 2029) als Verkehrsprojekt begonnen (Landsberger Allee / Märkische Allee). Der hier vorhandene mehrspurige Verkehr wird nun über die nördliche Seite der Landsberger Allee abgewickelt, was erneut Verkehrsprobleme, sowohl für den Berufspendler, als auch für den Wochenendnutzer mit sich bringt.

Außerdem müssen Pendler mehr Berücksichtigung finden. Wer möchte, dass der ÖPNV stärker genutzt wird, muss an der Stadtgrenze (an den Zugängen zum ÖPNV) Parkmöglichkeiten bereithalten. Hierbei wird davon ausgegangen, dass in Brandenburg der Ausbau des ÖPNV noch andauern wird. Dies wird vermutlich auch nicht durch Neuvergabe / Verlängerung der Regional-Bahnen aufgefangen werden.

Apropos Parken, wer möchte, dass weiterhin die Polizei, auch zu ungünstigen Zeiten, ihren Dienst versieht, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten, sollte auch an Parkmöglichkeiten für Beschäftigte im Schichtdienst denken. Zumindest in den Zeiten, in denen kein ÖPNV nutzbar ist (Nachtzeit/Feiertage, aber auch zusätzliche Dienste, wie Anschläge /Amoklagen etc.). Diesbezüglich sollte auch daran gedacht werden, eigene Flächen für Parkhäuser auf Geländen der Dienststellen zu errichten. So wäre man auch politisch nicht nur unabhängiger, sondern hätte zum einen die Kollegen dort, wo sie gebraucht werden.

Die Infrastruktur in Bezug auf Ladesäulen, aber auch auf Wasserstoff muss in den nächsten Jahren deutlich verbessert werden, so dass bereits beschaffte und zukunftsorientierte Fahrzeuge auch genutzt werden können. Die beim BVHu stehenden 4 Krafträder (elektrisch) werden wohl so schnell nicht einsetzbar sein, da veraltete Stromleitungen die benötigten Kapazitäten nicht hergeben.

Des Weiteren sollten Initiativen wie der generelle Wegfall von 50 % aller Parkplätze in Berlin deutlich überdacht werden. Dies könnte zwar zum Fortzug von Anwohnenden führen, aber auch dazu führen, dass wir noch mehr Berufspendler und damit eine noch größere Verkehrsbelastung bekommen. Ebenso sollte überlegt werden, ob es zielführend ist, das Abstellen von Zweirädern auf dem Gehweg generell zu verbieten und stattdessen dazu zu raten, Fahrräder auf Autoparkplätzen abzustellen. Polizeilich betrachtet wird dies unweigerlich zu Konflikten zwischen den verschiedenen Verkehrsarten führen und dies kann nicht im Sinne eines friedvollen Zusammenlebens sein.

.